

I. Wie kam es soweit? - Hintergründe zum Ukraine-Konflikt

Krieg in der Ukraine – Gefahr für den Frieden in Europa

Wieder Krieg mitten in Europa - das war lange Zeit kaum vorstellbar. Nun müssen wir zur Kenntnis nehmen: In der Ukraine findet eine militärische Auseinandersetzung statt, die das Land auf Dauer zu zerreißen droht und den Frieden in Europa massiv gefährdet. Denn der Ukraine-Konflikt birgt ein gefährliches Eskalationspotential in sich. Wird er nicht entschärft, könnte das zu einer massiven militärischen Konfrontation zwischen West und Ost führen.

Orientierung nach West oder Ost – die Ukraine, ein gespaltenes Land

Die Ukraine ist kulturell und sprachlich betrachtet ein geteiltes Land. Der Westen ist schon seit langer Zeit auf Mittel- und Westeuropa ausgerichtet und man spricht dort Ukrainisch. Der Osten hingegen orientiert sich stark nach Russland und die gängige Sprache ist dort auch Russisch. Die Krim und die heute Donbass genannte Gegend um die beiden Städte Lugansk und Donezk sind überwiegend russisch-sprachig. Das liegt daran, dass mit der beginnenden Industrialisierung Ende des 19. Jahrhunderts und vor allem in der Sowjetzeit russischsprachige Facharbeiter einwanderten, im Südosten der Ukraine auch russische Bauern.

Die Ukraine im Widerstreit von Wirtschaftsinteressen

Die Ukraine hat in wirtschaftlicher Hinsicht einiges zu bieten: Rohstoffe wie Kohle, ertragreiche Agrarflächen, billige Arbeitskräfte und potentielle Konsumenten. Deshalb möchte der Westen wie auch Russland sich

Zugriffsmöglichkeiten auf diese Region sichern. Traditionell ist die Ukraine bisher wirtschaftlich stark mit Russland verbunden. Umgekehrt hat Russland starke ökonomische Interessen in der Ukraine. Die Industrie im östlichen Teil der Ukraine ist z.B. ein wichtiger Zulieferer für die russische Rüstungsindustrie. Moskau möchte die Ukraine auch in die 2009 gegründete Zollunion einbinden, in der Russland, Weißrussland und Kasachstan zusammen geschlossen sind.

Ukraine und EU – eine Annäherung mit Risiken

Im Jahr 2005 beginnt die damalige, westlich orientierte Führung der Ukraine Verhandlungen mit der EU über ein Assoziierungs-Abkommen. Es sieht vor, dass alle Zölle und Mengenbegrenzungen im Warenverkehr wegfallen. Die Ukraine verpflichtet sich zum freien Warenaustausch, d.h. sie muss ihren Markt für Produkte aus der EU öffnen. Ukrainische Industrieprodukte haben in der EU dagegen kaum Chancen – sie sind im Vergleich zu Waren aus dem Westen nicht konkurrenzfähig.

Abkommen auf Eis – massive Proteste im Land

2012 ist das Assoziierungs-Abkommen mit der EU abschlussreif. Die inzwischen amtierende russlandfreundliche Regierung unter Präsident Janukowitsch hat aber Bedenken wegen der mangelnden Konkurrenzfähigkeit der ukrainischen Wirtschaft und legt das Abkommen im November 2013 auf Eis. Die Entscheidung der ukrainischen Führung, das Abkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen, führt zu massiven öffentlichen Protesten, die unter dem Namen des Hauptplatzes in Kiew „Maidan“ bekannt werden.

Hoffnungen auf die EU und Protest gegen ein korruptes Regime

Die Bürgerinnen und Bürger, die vor allem in Kiew und in den westlichen Landesteilen der Ukraine auf die Straße gehen, hoffen auf eine bessere wirtschaftliche Entwicklung durch den Vertrag mit der EU. Es geht allerdings auch um demokratische Öffnung und den Protest gegen das Regime von Janukowitsch, das als extrem korrupt gilt. Die Demonstrationen werden von sehr unterschiedlichen politischen Kräften getragen, darunter sind auch höchst aktive nationalistische und faschistische Gruppen.

Massive Proteste und ein Vermittlungsversuch

Die Proteste setzen Janukowitsch und seine Regierungsmannschaft unter erheblichen Druck. Die Lage eskaliert, im Januar und Februar 2014 sterben mehr als hundert Menschen bei Straßenkämpfen. Am 20./21. Februar unternehmen die Außenminister der Bundesrepublik, Frankreichs und Polens in Kiew einen Versuch zur Vermittlung zwischen den Konfliktparteien. Ergebnis: Vertreter der ukrainischen Opposition und der Regierung unterschreiben ein Abkommen zur Beilegung des Konflikts. Janukowitsch akzeptiert, nur noch bis Jahresende 2014 im Amt zu bleiben, dann sollen Präsidentenwahlen stattfinden.

Umsturz in Kiew - Janukowitsch wird abgesetzt

Die Demonstranten auf dem Maidan lehnen die Vereinbarung ab. Noch bevor sie umgesetzt werden kann, kommt es zum Umsturz: Janukowitsch

fürchtet um sein Leben und setzt sich am 21. Februar in den Osten der Ukraine ab, später flieht er weiter nach Russland. Die Abgeordneten des Parlaments erklären Janukowitsch – im Widerspruch zur ukrainischen Verfassung - am 22. Februar für abgesetzt. Sie rufen für Mai Präsidentschaftswahlen aus. Eine neue, westlich orientierte Übergangsregierung unter Beteiligung rechtsradikaler Gruppen übernimmt die Macht.

Bewaffnete besetzen Regierungsgebäude auf der Krim

Ende Februar 2014 kommt es auf der Halbinsel Krim zu Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern der neuen ukrainischen Führung. In Simferopol, der Hauptstadt der Krim, werden Regierungsgebäude von Bewaffneten besetzt. Sie sagen, sie müssten die russische Bevölkerung verteidigen. Im März sind auf dem Territorium der Krim zahlreiche Kämpfer zu beobachten, die keine Abzeichen auf der Uniform tragen. Zunächst streitet Moskau ab, dass es sich um Russen handelt. Monate später räumt Präsident Putin aber ein, dass russische Soldaten früh auf der Krim im Einsatz waren.

Referendum auf der Krim: Die Mehrheit votiert für Russland

Am 16. März 2014 findet ein umstrittenes Referendum über einen Beitritt der Krim zu Russland statt. Bei dem Referendum stimmt die Mehrheit für den Anschluss an Russland. Die EU, die USA und die Übergangsregierung in Kiew kritisieren die Abstimmung als Verstoß gegen die ukrainische Verfassung und als Bruch internationalen Rechts. Sie sprechen von einer Annexion der Krim durch Russland. Die EU und USA beschließen Wirtschaftssanktionen, um Druck auf Russland zu machen.

„Unabhängige Volksrepublik“ in der Ostukraine

Anfang April 2014 weitet sich der Konflikt aus: In mehreren Städten der Ostukraine besetzen prorussische Separatisten Verwaltungsgebäude. In Donezk rufen sie eine „unabhängige Volksrepublik“ aus. Die Übergangsregierung in Kiew reagiert mit einer so genannten "Anti-Terror-Operation". Sie entsendet reguläre Truppen der Armee und Freiwilligenverbände in die Ostukraine, die gegen die Separatisten kämpfen sollen. Es ist der Beginn einer militärischen Auseinandersetzung, der in der Folge Tausende von Soldaten und Zivilisten zum Opfer fallen.

Referendum auch in der Ostukraine

Am 11. Mai 2014 findet auch in der Ostukraine eine umstrittene Abstimmung statt. In Donezk und Lugansk sind die meisten, die abstimmen, für eine Unabhängigkeit von der Ukraine. Am 25. Mai gibt es Präsidentschaftswahlen in der Ukraine. Der Milliardär Petro Poroschenko wird zum neuen Präsidenten gewählt. Er strebt einen Beitritt der Ukraine zu EU und NATO an. Ende Juni unterzeichnen Vertreter der Ukraine und der EU das Assoziierungsabkommen, das der frühere Präsident Janukowitsch gestoppt hatte.

Verhandlungen in Minsk - Einigung auf eine Waffenruhe

Im Herbst finden in der weißrussischen Hauptstadt Minsk Verhandlungen der ukrainischen Konfliktparteien statt. Am 5. September einigen sich die ukrainische Regierung und die Separatisten auf eine Waffenruhe. Sie soll von der OSZE überwacht werden. Außerdem ist im Minsker Abkommen vom Abzug der bewaffneten Einheiten die Rede. Weiterer wichtiger Punkt: Das

Parlament in Kiew soll ein "Gesetz über einen Sonderstatus" von Gebieten in der Ostukraine erlassen. Es soll die Einrichtung einer lokalen Selbstverwaltung in Donezk und Lugansk ermöglichen. Die in Minsk vereinbarte Waffenruhe wird nicht eingehalten, beide Seiten bekämpfen sich weiter.

Neuer Anlauf in Minsk: Wieder Vereinbarung zur Waffenruhe

Zu Beginn des Jahres 2015 nehmen die Kämpfe in der Ostukraine an Intensität zu. Anfang Februar starten Kanzlerin Merkel und der französische Staatspräsident Hollande eine neue diplomatische Initiative. Sie sprechen in Kiew und Moskau mit den Präsidenten Poroschenko und Putin. Am 11. Februar finden in Minsk gemeinsame Verhandlungen statt, an denen Merkel, Hollande, Poroschenko und Putin beteiligt sind. Die Gespräche dauern die ganze Nacht, erst am Morgen des 12. Februar wird eine Einigung verkündet: Waffenruhe ab dem 15. Januar im Kriegsgebiet Donbass. Außerdem sollen die schweren Waffen abgezogen und das Minsker Abkommen vom September 2014 umgesetzt werden.

II. Wer hat welche Absichten? - die Positionen im Ukraine-Konflikt

Gebrochenes Versprechen: Die NATO rückt nach Osten vor

1990, nach dem Ende des Kalten Krieges, versichern hochrangige Vertreter des Westens: Die NATO wird sich nicht nach Osten ausdehnen. Doch das Gegenteil geschieht: Die NATO rückt in den Jahren nach dem Mauerfall weit in Richtung Osten vor. Zahlreiche Staaten Osteuropas werden in das Militärbündnis aufgenommen. Die Ukraine ist nicht darunter. Aber auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im Jahr 2008 wird dem Land eine Mitgliedschaft in

Aussicht gestellt. Für Russland ist dieses Versprechen ein Alarmzeichen. In Moskau fürchtet man nämlich die totale Einkreisung durch die NATO.

NATO-Einheiten im Baltikum – Russland fühlt sich bedroht

In den baltischen Staaten verstärkt die NATO unter Berufung auf den Ukraine-Konflikt ihre Präsenz. In die Armee-Stützpunkte im Baltikum rücken im Wechsel militärische Einheiten aus verschiedenen NATO-Staaten ein. Das bedeutet in den Augen der russischen Führung eine ständige Bedrohung. Dazu kommt: Der gestürzte ukrainische Präsident Janukowitsch hatte die Pläne zum NATO-Beitritt seines Landes noch auf Eis gelegt. Der jetzigen prowestlichen Regierung in Kiew, die aus den Parlamentswahlen im Oktober 2014 hervorgegangen ist, wäre nichts lieber als ein solcher Beitritt.

Militärische Anbindung der Ukraine an den Westen

Auch wenn die Ukraine bisher nicht NATO-Mitglied ist, so nähert sie sich militärisch doch dem Westen. Was in der Öffentlichkeit kaum bekannt ist: Das Assoziierungs-Abkommen der Ukraine mit der EU enthält auch eine militärische Komponente. In dem Abkommen heißt es, die Vertragsparteien sollten die schrittweise Annäherung im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik fördern - „vor allem mit Blick auf eine Steigerung der ukrainischen Teilnahme an EU-geführten zivilen und militärischen Krisenmanagement-Operationen sowie an wichtigen Übungen und Manövern einschließlich denen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (der EU).“

Die Ukraine – ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt

Für den Westen, vor allem für die USA, hat die Ukraine eine große geostrategische Bedeutung. Der ehemalige Sicherheitsberater der US-Regierung, Zbigniew Brzezinski, hat das 1997 so formuliert: „Die Ukraine ... ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt“. Brzezinski ist überzeugt, dass schon die bloße Existenz des Landes bedeutsam ist. Und zwar im Hinblick darauf, wie sich der Einfluß- und Machtbereich Russlands durch den Westen eingrenzen läßt. „Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr. Wenn Moskau allerdings die Herrschaft über die Ukraine mit ... ihren bedeutenden Bodenschätzen und dem Zugang zum Schwarzen Meer wiedergewinnen sollte, erlangte Moskau automatisch die Mittel, ein mächtiges, Europa und Asien umspannendes Reich zu werden.“

Die Ukraine als Puffer gegen die NATO

Auch aus der Sicht der Führung in Moskau hat die Ukraine strategische Bedeutung. In Russland ist man besorgt über die systematische Ausweitung der NATO nach Osten und noch mehr über die Perspektive, dass auch die Ukraine NATO-Mitglied werden könnte. Nach der militärischen Logik Moskaus soll die Ukraine aber als Puffer dienen - gegen die immer weiter vordringende NATO, die als feindliches Bündnis empfunden wird. So lässt sich auch erklären, warum Russland die Separatisten in der Ostukraine unterstützt:

Solange in der Ukraine ein ungelöster Konflikt herrscht, scheidet das Land als Kandidat für einen NATO-Beitritt aus.

Eskalationsgefahr: Der Ukraine-Konflikt droht sich auszuweiten

Die militärischen Auseinandersetzungen in der Ukraine sind für die betroffenen Menschen schlimm genug. Es besteht aber die Gefahr, dass der Konflikt in der Ukraine nicht auf das Land begrenzt bleibt. Sollten z.B. aus dem Westen in größerem Umfang Waffen an die ukrainische Armee geliefert werden, droht eine Eskalation – die russische Führung könnte dann versucht sein, noch stärker als bisher in der Ukraine militärisch zu intervenieren. Das wiederum würden der Westen bzw. die NATO vermutlich nicht unbeantwortet lassen. Es könnte eine Entwicklung in Gang kommen, die am Ende nicht mehr zu kontrollieren wäre. Das muss unbedingt verhindert werden.

III. Was könnte getan werden? - Mögliche Auswege aus dem Konflikt

Die wichtigsten Schritte auf dem Weg zu einer Entschärfung der Krise könnten so aussehen:

- Die NATO und Russland erklären, dass sie den Konflikt um die Ukraine auf keinen Fall militärisch austragen wollen. Zur Sicherheit werden direkte Kommunikationsverbindungen zwischen der NATO und Russland (rotes Telefon) und ein entsprechender Krisenstab eingerichtet.
 - Die NATO erklärt, dass sie nicht beabsichtigt, die Ukraine als Mitglied aufzunehmen. Sie versichert außerdem, dass sie auch nicht in anderer Form mit der Ukraine militärisch kooperiert.
 - Die EU erklärt, dass sie alle Teile des mit Kiew abgeschlossenen Assoziierungsabkommens als ungültig betrachtet, die sich auf militärische Kooperation beziehen.
-
- Die Ukraine erklärt sich für neutral, wie das bereits in der Verfassung von 1996 festgelegt wurde. Die Regierung in Kiew erklärt demzufolge, dass sich das Land keinem Militärpakt anschließen wird.

- Russland erklärt sich mit der Neutralität der Ukraine einverstanden und versichert, sie dauerhaft zu respektieren. Russland beendet außerdem seine Unterstützung für die Separatisten in der Ost-Ukraine.
 - Die NATO zieht ihre Streitkräfte wieder ab, die sie in ihren Mitgliedsstaaten im Baltikum stationiert hat.
 - USA und EU akzeptieren ebenfalls die Neutralitätserklärung der Ukraine und bringen zum Ausdruck, sie dauerhaft respektieren zu wollen. Sie kündigen einen Plan zur Beendigung ihrer Sanktionen gegen Russland an.
-
- Die Regierung in Kiew erlässt eine Amnestie für die Separatisten und gestattet ihren ungehinderten Abzug nach Russland.
 - In der Ukraine wird eine neue Verfassung erarbeitet, in der eine föderale Struktur des Landes mit angemessenen Autonomierechten für Minderheiten festgelegt wird. In der Verfassung wird auch eine Wirtschaftsordnung festgeschrieben, die auf gleichberechtigten Beziehungen der Ukraine zu den Staaten in West und Ost basiert.
 - Auf der Krim findet eine neue Volksabstimmung statt. Sie soll entscheiden, ob das Gebiet bei Russland bleibt oder nicht. Dabei wird Russland vorab vertraglich zugesichert, dass das Areal um den russischen Kriegshafen Sewastopol unabhängig vom Ausgang des Referendums exterritoriales Gebiet Russlands bleibt.
 - Es wird eine dauerhafte Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) eingerichtet. Ein entsprechender Vorschlag könnte von Deutschland in Übereinstimmung mit der EU kommen. Auf der Konferenz werden in mehreren „Körben“ verschiedene Themen wie z.B. vertrauensbildende Maßnahmen und Rüstungskontrolle behandelt. Außerdem wird über Wege zur Beilegung von Kontroversen beraten.

Textquellen:

- Vortrag von Jürgen Wagner, Informationsstelle Militarisierung, am 19.3.2014 in München
- Vortrag von Dr. Karl Grobe-Hagel am 6.2.2015 bei der Münchner Internationalen Friedenskonferenz
- Dossier VII des Monitoring-Projekts der Kooperation für den Frieden: Der Ukraine-Konflikt (Autoren: Prof. Andreas Buro, Dr. Karl Grobe-Hagel, Clemens Ronnefeldt)
- www.tagesschau.de